



EUROPEAN CENTER
FOR CONSTITUTIONAL
AND HUMAN RIGHTS



Informationsstelle
Militarisierung e.V.



Deutsche
Menschenrechtskoordination
Mexiko



Coordinación Alemana
por los Derechos Humanos
en México



An den Herrn Ministerpräsidenten
des Landes Baden-Württemberg
Herrn Cem Özdemir

22. September 2026

Betreff: Bitte um Förderung von Mechanismen gesellschaftlicher Wiedergutmachung für die von den illegalen G36-Gewehrexporten nach Mexiko betroffenen Familien und Gemeinden im Rahmen des Strafverfahrens gegen Heckler & Koch

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Mexiko und Deutschland wenden sich an Sie mit der Bitte, über das Justizministerium des Landes Baden-Württemberg gegenüber den zuständigen Behörden – insbesondere gegenüber der Staatsanwaltschaft Stuttgart als für die Vollstreckung des rechtskräftigen Urteils des Landgerichts Stuttgart vom 21. Februar 2019 zuständige Behörde – die Prüfung und Förderung von Mechanismen gesellschaftlicher Wiedergutmachung für die von den illegalen Exporten von G36-Sturmgewehren nach Mexiko betroffenen Familien anzustoßen.

Wir sind der Auffassung, dass die aus dem Heckler & Koch-Strafverfahren hervorgegangenen Mittel im rechtlich möglichen Rahmen auch dazu beitragen sollten, den menschlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser illegalen Exporte in Mexiko Rechnung zu tragen. Hierzu schlagen wir vor, Mechanismen zu prüfen, die es ermöglichen, die betroffenen Personen, Familien und Gemeinden in Mexiko und die sie begleitenden mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu unterstützen.

1. Kontext in Mexiko: Die menschlichen Folgen der illegalen Waffenexporte und die Forderungen der betroffenen Familien

Die illegalen Exporte von G36-Sturmgewehren von Heckler & Koch nach Mexiko fanden in einem Kontext erheblicher Risiken von Menschenrechtsverletzungen und einer tiefgreifenden Krise von Gewalt und Straflosigkeit in verschiedenen Regionen des Landes statt.

Was den illegalen Waffenhandel nach Mexiko betrifft, so haben internationale Organisationen⁶ und zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Menschenrechtszentrum Miguel Agustín Pro Juárez (Centro Prodh)⁷ ausführlich dokumentiert, wie der unkontrollierte Einsatz dieser Waffen bei den

⁶ Interamerikanische Menschenrechtskommission. Oktober 2022. Regional: Menschenrechte und Unternehmen der Waffenproduktion und des Waffenhandels in Lateinamerika. <https://www.youtube.com/watch?v=chXnCvA6hjE>

; Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte. Die Verantwortung der Staaten im Bereich der Menschenrechte angesichts des illegalen Handels mit Schusswaffen (Auslegung und Geltungsbereich der Artikel 1, 2, 4, 5, 8 und 25 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention mit anderer Instrumente zum Schutz der Menschenrechte). Beratendes Gutachten OC-30/25 vom 3. Dezember 2025. Reihe A Nr. 30.

⁷ Das Menschenrechtszentrum „Miguel Agustín Pro Juárez“ (Centro Prodh) ist eine mexikanische zivilgesellschaftliche Organisation

Opfern bleibende Folgen hinterlässt, die zudem mit der im Land vorherrschenden weit verbreiteten Straflosigkeit zu kämpfen haben.

Ein kritisches Spiegelbild dieser Realität zeigte sich in der Nacht des 26. September 2014 im „Fall Ayotzinapa“⁸. Zu den Organisationen, die die Familien begleiten, gehören das Centro Prodh und das Menschenrechtszentrum der Berge „Tlachinollan“. In dieser Nacht wurden 43 junge Studenten verschleppt, 6 Menschen hingerichtet und mehr als 40 verletzt. In diesem Fall wurde der Einsatz von illegal exportierten G36-Sturmgewehren der Firma Heckler & Koch (H&K) festgestellt. Obwohl die deutschen Vorschriften den Export von Waffen in den Bundesstaat Guerrero aufgrund der dortigen schweren Menschenrechtsverletzungen untersagten, befanden sich 99 Gewehre dieses Herstellers im Bestand der örtlichen Polizei, und mindestens drei davon wurden in jener Nacht auf die Studenten abgefeuert.

Zu den Angegriffenen gehört der Student Aldo Gutiérrez Solano⁹, der in der Nacht der Ereignisse einen Schuss in den Kopf erhielt.¹⁰ Zwar lässt sich aufgrund der mangelhaften Sicherung des Tatorts nicht mit Sicherheit feststellen, ob der Schuss aus einer H&K-Waffe stammte, doch leidet er bis heute unter den Folgen dieses Angriffs auf seine Person, da er sich in einem vegetativen Zustand befindet und kontinuierlich spezialisierte Pflege benötigt.

Angesichts dessen haben zivilgesellschaftliche Organisationen und die Familien versucht, die menschlichen Kosten dieses illegalen Handels sichtbar zu machen; so reiste Leonel Gutiérrez – Aldos Bruder – im September 2018 in Begleitung des Centro Prodh nach Deutschland, um dem Strafprozess gegen Führungskräfte von H&K beizuwohnen und die menschlichen Kosten dieses illegalen Handels sichtbar zu machen.¹¹

Die betroffenen Familien sehen sich weiterhin mit enormen Hindernissen konfrontiert, wenn es darum geht, Zugang zu Wahrheit, Gerechtigkeit, umfassender Wiedergutmachung und Garantien zur Verhinderung einer Wiederholung zu erhalten. Viele von ihnen benötigen dauerhafte rechtliche, psychosoziale und gemeinschaftliche Begleitung sowie Unterstützung, um ihre Prozesse der Suche nach Gerechtigkeit, Erinnerung und des Wiederaufbaus der Gemeinschaft zu stärken. Zudem leiden die Familien der direkten Opfer unter schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die auf die Ereignisse vom 26. und 27. September 2014 zurückzuführen sind.

Als zivilgesellschaftliche Organisationen betonen wir daher die menschenrechtlichen Folgen, die der Waffenhandel aufgrund der mangelnden Rechenschaftspflicht des Staates und des Unternehmens hinsichtlich ihrer internationalen Verpflichtungen mit sich bringt.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass die Folgen illegaler Waffenexporte nicht ausschließlich unter dem

mit 38 Jahren Erfahrung, die sich der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte in Mexiko verschrieben hat. Im Rahmen seiner Arbeit hat das Centro Prodh sowohl auf nationaler Ebene als auch vor internationalen Gremien Fälle schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen vertreten, die direkt von staatlichen Akteuren begangen wurden oder in denen andere nichtstaatliche Akteure mitschuldig waren. <https://centroprodh.org.mx/>

⁸ Centro Prodh. Ayotzinapa Case. <https://centroprodh.org.mx/causas/ayotzinapa/?lang=en>; Forensic Architecture. September 26th, 2017. The Enforced Disappearance of the Ayotzinapa Students. See: <https://forensic-architecture.org/investigation/the-enforced-disappearance-of-the-ayotzinapa-students>; Office of the High Commissioner for Human Rights. March 15th, 2018. Double Injustice: Report on Human Rights Violations in the Investigation of the Ayotzinapa Case. See: https://www.ohchr.org/Documents/Countries/MX/ExecutiveReportMexico_March2018_EN.PDF

⁹ Antifaz y Audio Centro. Impunilandia. 22 de septiembre de 2022. Episodio 2: Die Geschichte von Aldo Gutiérrez Solano. Disponible en: <https://open.spotify.com/episode/57spuAVRgXJap9zngiulj?si=516eb8cf57784e47>

¹⁰ European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Brutal police operation in Mexico: German arms manufacturer Heckler & Koch responsible. <https://www.ecchr.eu/en/case/brutal-police-operation-in-mexico-responsibility-of-german-arms-manufacturer-heckler-koch>

¹¹ DW. 26 de septiembre de 2018. Betroffene von Ayotzinapa in Deutschland. Disponible en: <https://www.dw.com/es/familiares-de-ayotzinapa-buscan-justicia-en-alemania/a-45652195>

Gesichtspunkt der Verantwortung eines Unternehmens analysiert werden können. Wenn über die Auswirkungen dieser illegalen Praxis gesprochen wird, müssen die konkreten Folgen aus menschenrechtlicher Perspektive berücksichtigt werden. Bereits während des Prozesses haben viele der unterzeichnenden Organisationen immer wieder auf die gravierende Leerstelle hingewiesen, dass die Opfer dieser verantwortungslosen Exportpraxis im gesamten Verfahren zu keinem Zeitpunkt berücksichtigt wurden.

Daher sind wir der Ansicht, dass das Ergebnis dieses Gerichtsverfahrens in Deutschland zumindest teilweise direkt zu Wiedergutmachungsprozessen für die betroffenen Personen und Gemeinden beitragen sollte. Daher bitten wir um die Förderung von Mechanismen zur Unterstützung von Projekten, die folgende Ziele verfolgen:

- Psychosoziale und gesundheitliche Unterstützung für betroffene Gemeinschaften, insbesondere in Fällen, in denen dokumentiert ist, dass illegal exportierte Waffen eingesetzt wurden, wie im sogenannten Ayotzinapa-Fall.
- Dokumentation und Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen.
- Die Förderung von Garantien zur Verhinderung einer Wiederholung sowie einer Kultur der Verantwortlichkeit im internationalen Waffenhandel.

Eine Initiative dieser Art würde ein wichtiges Signal der Verantwortung und des Engagements für die Menschenrechte senden und dazu beitragen, dass die Folgen des illegalen Waffenexports nicht ausschließlich auf diejenigen lasten, die bereits unter deren Auswirkungen gelitten haben.

2. Rechtlicher Kontext und Möglichkeiten zur Förderung von Mechanismen gesellschaftlicher Wiedergutmachung

Das Landgericht Stuttgart hat am 21. Februar 2019 ein rechtskräftiges Urteil im Zusammenhang mit den illegalen Exporten von G36-Sturmgewehren des Unternehmens Heckler & Koch nach Mexiko gesprochen.

Als Ergebnis des Strafverfahrens wurden gegen das Unternehmen finanzielle Sanktionen verhängt. Heckler & Koch hat im Mai 2026 eine Zahlung von etwa 3,7 Millionen Euro an den deutschen Staat als strafrechtliche Sanktion geleistet.

Uns ist bewusst, dass das Urteil des Landgerichts Stuttgart keine direkte Entschädigung der betroffenen Personen und Gemeinden vorsieht. Daher ergibt sich aus dem Urteil keine automatische Verpflichtung, diese Mittel unmittelbar an die Opfer weiterzuleiten.

Gerade aus diesem Grund halten wir es für notwendig, dass das Land Baden-Württemberg die bestehenden rechtlichen und politischen Möglichkeiten prüft, damit die aus diesem Verfahren hervorgegangenen Mittel auch zu gesellschaftlichen Wiedergutmachungsprozessen zugunsten der betroffenen Menschen in Mexiko beitragen können.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart als zuständige Vollstreckungsbehörde sowie das Justizministerium Baden-Württemberg spielen eine zentrale Rolle bei der Bewertung der bestehenden Möglichkeiten und bei der Suche nach Lösungen, die mit dem geltenden Rechtsrahmen vereinbar sind und dem öffentlichen Interesse dienen.

Daher bitten wir die Landesregierung Baden-Württemberg:

1. Über das Justizministerium eine rechtliche und politische Prüfung der bestehenden Möglichkeiten einzuleiten, um Mechanismen gesellschaftlicher Wiedergutmachung im Zusammenhang mit dem Heckler & Koch-Strafverfahren zu entwickeln, die auf die Unterstützung der betroffenen Personen und Gemeinden in Mexiko ausgerichtet sind.

2. Einen Dialog mit mexikanischen und deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen, um transparente, überprüfbare und geeignete Mechanismen zu identifizieren, durch die diese Unterstützung in Projekte mit unmittelbarer Wirkung für die betroffenen Menschen und Gemeinschaften gelenkt werden kann.
3. Für den Fall, dass eine direkte Übertragung an die betroffenen Familien rechtlich nicht möglich wäre, sollten Alternativen geprüft werden, mit denen Projekte entwickelt werden können, die den betroffenen Gemeinden unmittelbar zugutekommen.
4. Öffentlich über die ergriffenen Maßnahmen zur Prüfung dieses Anliegens sowie über die bestehenden Möglichkeiten zu informieren, damit die aus diesem Verfahren hervorgegangenen Mittel zur Stärkung von Prozessen gesellschaftlicher Wiedergutmachung und der Menschenrechte beitragen können.

Das Urteil des Landgerichts Stuttgart stellte einen wichtigen Präzedenzfall hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung im internationalen Waffenhandel dar. Die Förderung von Mechanismen gesellschaftlicher Wiedergutmachung zugunsten der betroffenen Menschen würde ermöglichen, dass die Folgen dieses Gerichtsverfahrens auch über den strafrechtlichen Bereich hinaus positive Wirkung entfalten und zur Stärkung der Menschenrechte beitragen.

Wir danken Ihnen für die Prüfung unseres Anliegens und stehen für einen Dialog mit den zuständigen Behörden über mögliche Wege der Umsetzung gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnende Organisationen

- Centro Prodh / Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez
- Centro de Derechos Humanos de la Montaña Tlachinollan
- Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko
- European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
- Ohne Rüstung Leben
- Pax Christi/Deutsche Sektion sowie Pax Christi Kommission Rüstungsexport
- RüstungsInformationsBüro (RIB)
- Informationsstelle Militarisierung (IMI)
- Kampagne Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (Bundesverband)
- Dachverband Kritische Aktionärinnen und Aktionäre

Einzelperson: Holger Rothbauer, Rechtsanwalt

Ansprechpersonen

Françoise Greve

Koordinatorin

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

info@mexiko-koordination.de

www.mexiko-koordination.de

Tilman Massa

Co-Geschäftsführer

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und
Aktionäre

Postfach 30 03 07, 50773 Köln

Pellenzstr. 39 (Hinterhaus), 50823 Köln

dachverband@kritischeaktionaere.de

www.kritischeaktionaere.de